

Kulturamt will Montez helfen

„Wenn es im Rahmen bleibt“

Die 1897 Freunde des Kunstvereins Familie Montez, die auf der vor vier Tagen gegründeten Facebook-Seite gegen die drohende Schließung des beliebten Ausstellungsorts protestieren, können zwar nicht aufatmen. Doch das Kulturamt will dem Kunstverein nun offenbar helfen – sofern die Erfüllung der nötigen Sicherheitsauflagen kein Vermögen kostet. „Wenn es im überschaubaren Rahmen bleibt, werden wir den Kunstverein unterstützen“, sagte Amtsleiterin Carolina Romahn gestern. Allerdings könne man erst verlässlich über die Zukunft des Vereins sprechen, wenn die Kosten ermittelt seien. „Wenn es eine Million kostet, ist es das Ende der Familie Montez an dieser Stelle“, sagte sie.

Romahn hat Verständnis für das Handeln der Bauaufsicht, die, wie berichtet, vor einer Woche eine Nutzungsuntersagung verfügt hatte, weil der Verein in seinen Räumen an der Breiten Gasse Veranstaltungen organisiert hat, für die es keine Genehmigung gab. Der Verein nutzt die frühere Gemüsehalle seit Jahren für Ausstellungen, Workshops und Partys, obwohl dort nur die Lagerung von Kunst erlaubt ist und es keine ausreichenden Sicherheitsvorkehrungen gibt. Für heute ist ein Beratungstermin bei der Bauaufsicht angesetzt.

Romahn zufolge ist die Nutzung der Gemüsehalle keine Dauerlösung. Dem Vernehmen nach hat der Eigentümer der Halle andere Pläne mit seiner Immobilie. „Provisorien halten aber manchmal länger als vermutet“, sagte Romahn. Um die Kosten zu schätzen, muss der Kunstverein ein Konzept für die gewünschte Nutzung erstellen. Dies liegt jedoch noch nicht vor.

Der Kunstverein kann sich indes über mangelnde Solidaritätsbekundungen nicht beklagen. Von den Grünen bis zu den Jungen Liberalen, von der SPD bis zum Art Directors Club reicht das Spektrum, das dem Kunstverein zumindest verbal unter die Arme greift. Die Grünen wünschen, dass die „Institution in der Frankfurter (Off-)Kultur“ erhalten bleibt. Allerdings könne niemand die Bauaufsicht von ihrer Verantwortung befreien. Daher könne das Nutzungsverbot nicht einfach wiederaufgehoben werden, wie es Tobias Fila, Kreisvorsitzender der Jungen Liberalen, der auch den Protest auf der Internetseite Facebook organisiert, gefordert hat.

rsch.